

Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „Völkerrechtliche Bewertung der Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren“ am 17.05.2021

Stellungnahme von Human Rights Watch, 11.05.2021

Tatbestandsmerkmale bei Völkermord bzw. Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Welche Ausmaße in Qualität und Quantität hat die Internierung der muslimischen Minderheit der Uiguren angenommen und lassen diese darauf schließen, dass die chinesische Regierung, obwohl sie dies leugnet, beabsichtigt, die ethnisch-religiöse Minderheit auszulöschen? (CDU/CSU)

Human Rights Watch hat die Zahl von etwa einer Million Uiguren, Kasachen und anderen türkischen Muslimen verwendet, die seit 2017 in willkürlichen Hafteinrichtungen festgehalten werden. Im Februar 2021 veröffentlichte Human Rights Watch zudem Recherchen, die zeigen, dass die chinesische Regierung in diesem ungefähren Zeitraum auch ihre grundlosen Verfolgungen mit langen Haftstrafen für Uiguren und andere Muslime intensiviert hat. Seit die chinesische Regierung Ende 2016 ihre repressive "Strike Hard Campaign against Violent Terrorism" (Kampagne gegen gewalttätigen Terrorismus) eskaliert hat, hat das formale Strafrechtssystem der Region mehr als 250.000 Menschen verurteilt. Die Absicht der Behörden scheint darin zu bestehen, die Identität der Uiguren und anderer turkstaemmiger Gemeinschaften - ihre Kultur, Sprache, Religion, Tradition - auszulöschen und sie durch säkulare, "sinisierte" politische Loyalität gegenüber den chinesischen Behörden zu ersetzen.

Welche der objektiven Tatbestandsmerkmale der Völkermord-Konvention vom 9. Dezember 1948, übernommen in Artikel 6 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs, werden durch die systematischen Internierungen, Folter und Unterdrückung von Uiguren und Angehörigen anderer Turkvölker in Xinjiang innerhalb und außerhalb der Lager erfüllt? (SPD)

Im April 2021 veröffentlichte Human Rights Watch Fakten, die belegen, dass die chinesische Regierung Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen Uiguren und andere Turkvölker in Xinjiang begangen hat - und weiterhin begeht. Nach dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit schwerwiegende, spezifizierte Straftaten, die wissentlich als Teil eines weitverbreiteten oder systematischen Angriffs gegen eine Zivilbevölkerung begangen werden. "Weit verbreitet" bezieht sich auf das Ausmaß der Taten oder die Anzahl der Opfer. Ein "systematischer" Angriff deutet auf ein Muster oder einen methodischen Plan hin. Verbrechen gegen die Menschlichkeit können sowohl in Friedenszeiten als auch während eines bewaffneten Konflikts begangen werden, solange sie sich gegen eine Zivilbevölkerung richten.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit zählen zu den schwersten Menschenrechtsverletzungen nach internationalem Recht. Zu den spezifischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in diesem Bericht dokumentiert sind, gehören völkerrechtswidrige Inhaftierungen oder andere Freiheitsberaubungen, die Verfolgung einer identifizierbaren ethnischen oder religiösen Gruppe, das Verschwindenlassen von Personen, Folter, Mord und mutmaßlich unmenschliche Handlungen, die vorsätzlich großes Leid oder schwere Verletzungen der geistigen oder körperlichen Gesundheit verursachen, insbesondere Zwangsarbeit und sexuelle Gewalt.

Nach der Völkermord-Konvention setzt Völkermord zudem einen Zerstörungsvorsatz voraus. Bejahen Sie den Zerstörungsvorsatz im Falle der chinesischen Regierung? Wie begründen Sie Ihre Einschätzung? (SPD)

Human Rights Watch hat das Vorhandensein der notwendigen völkermörderischen Absicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht dokumentiert, aber wenn solche Beweise auftauchen sollten, dann könnten die in Artikel 6 des Römischen Statuts aufgeführten Handlungen, die das Töten, die Verursachung von schweren körperlichen und seelischen Schäden, die Zufügung von Bedingungen, die auf die körperliche Zerstörung abzielen, die Verhängung von Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten und die gewaltsame Verbringung von Menschen, die gegen turkistaemiger Muslime in Xinjiang - eine durch die Völkermordkonvention von 1948 geschützte Gruppe - begangen wurden, ebenfalls die Feststellung eines Völkermordes unterstützen.

Welche Merkmale des internationalen Straftatbestands des Völkermordes und welche Merkmale des internationalen Straftatbestands Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind bei den Verbrechen an den Uiguren erfüllt? (FDP)

Siehe oben.

Welchen Unterschied macht es aus Sicht des internationalen Völkerstrafrechts, ob es sich bei den in Xinjiang verübten Völkerrechtsverbrechen um Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Völkermord handelt und welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein damit Taten, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Völkermord konstituieren, einem Staat zurechenbar sind (ggf. skizziert an konkreten Beispielfällen)? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sowohl Verbrechen gegen die Menschlichkeit als auch Völkermord sind die schwersten Verbrechen, die die internationale Gemeinschaft betreffen und für die diejenigen, die nach dem Römischen Statut des IStGH oder nach innerstaatlichem Recht verurteilt werden, mit schweren Strafen belegt werden können. Ein Staat ist für Verletzungen der internationalen Menschenrechte verantwortlich, die von Mitgliedern seiner Sicherheitskräfte oder anderen staatlichen Stellen und deren Beauftragten begangen werden. Dies schließt auch Personen ein, die ermächtigt sind, Elemente staatlicher Autorität auszuüben, wie z. B. Milizen. Ein Staat bleibt für solche Handlungen auch dann verantwortlich, wenn die beteiligten Personen ihre Befugnisse überschreiten oder gegen Anweisungen verstoßen. [*Draft Articles on the Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts, Report of the ILC on the Work of its Fifty-third Session, UN GAOR, 56th Sess, Supp No 10, p 43, UN Doc A/56/10 (2001).*]

Instrumente zur Untersuchung und Strafverfolgung

Welche Instrumente auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene können zur Untersuchung, Strafverfolgung und Eindämmung der Straftatbestände Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Falle der Verbrechen an den Uiguren genutzt werden und wie beurteilen Sie diese Instrumente in Bezug auf Durchführbarkeit, Effektivität und Konsequenzen vor Ort und in Deutschland? Welche Instrumente kommen zur Untersuchung, Strafverfolgung und Eindämmung der Verbrechen an Uiguren in Frage, wenn keiner der genannten Straftatbestände vorliegt und wie beurteilen Sie diese? (FDP)

Auf internationaler Ebene hat Human Rights Watch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen aufgefordert, eine Resolution zur Einsetzung einer Untersuchungskommission zu verabschieden, die die Befugnis hat:

Vorwürfe von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und anderen Menschenrechtsverletzungen gegen turkstämmige Muslime in Xinjiang zu untersuchen, einschließlich unrechtmäßiger Inhaftierung oder anderer schwerwiegender Beraubung der körperlichen Freiheit; Verfolgung einer identifizierbaren Gruppe aus politischen, rassistischen, nationalen, ethnischen, kulturellen oder religiösen Gründen; erzwungenes Verschwindenlassen; Folter; Mord; andere unmenschliche Handlungen einschließlich Zwangsarbeit; und Einschränkungen der Religionsfreiheit; sexuelle Gewalt; und Verletzungen der reproduktiven Rechte.

Wir haben auch darauf gedrängt, dass diese Untersuchungskommission Empfehlungen zur Beendigung der Missbräuche ausspricht, verantwortliche Beamte identifiziert und einen Fahrplan erstellt, um sie zur Rechenschaft zu ziehen, angemessene Wiedergutmachung für Opfer und Überlebende fordert und dem Rat und anderen relevanten UN-Gremien regelmäßig Bericht erstattet. Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte sollte ihr unabhängiges Überwachungs- und Berichterstattungsmandat ausüben, um Informationen zu sammeln, sich öffentlich zu ihren Erkenntnissen zu äußern, Berichte über die Menschenrechtslage in Xinjiang zu erstellen und den Menschenrechtsrat regelmäßig zu informieren.

Auf EU-Ebene kann Deutschland die Europäische Kommission auffordern, das umfassende Investitionsabkommen zwischen der EU und China dem Europäischen Parlament und dem Rat erst dann zur Ratifizierung vorzulegen, wenn die Berichte über Zwangsarbeit von unabhängigen und unparteiischen internationalen Experten untersucht, Missstände aufgearbeitet, Opfer entschädigt und substanzielle Fortschritte bei der Aburteilung der Täter erzielt wurden.

Auf nationaler Ebene kann die Bundesregierung Visaverbote, Reiseverbote und gezielte individuelle Sanktionen nach dem US Global Magnitsky Act, dem EU Global Human Rights Sanctions Regime und anderen Menschenrechtssanktionsregimen in Kanada, Großbritannien und anderswo verhängen; diese Sanktionen werden effektiver sein, wenn sie kollektiv verfolgt werden. Es kann auch in allen individuellen und gemeinsamen öffentlichen Verurteilungen von Rechtsverletzungen in Xinjiang klarstellen, dass die chinesischen Behörden für kriminelle Handlungen verantwortlich sind, die Teil von weit verbreiteten oder systematischen Angriffen gegen turkstaemmige Muslime in Xinjiang sind, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen.

Deutschland kann die Strafverfolgung gegen chinesische Beamte, die in Verbrechen gegen die Menschlichkeit verwickelt sind, auf der Grundlage der Gesetze über die universelle Gerichtsbarkeit aktivieren und die deutschen Staatsanwälte ermutigen, Ermittlungen einzuleiten, ähnlich den Voruntersuchungen des IStGH, bei denen die Staatsanwaltschaft Informationen über mutmaßliche schwerwiegende Verstöße sammelt und analysiert, um die Grundlage für zukünftige Strafverfolgungen zu schaffen.

Deutschland kann auch eskalierende Maßnahmen gegen Technologieunternehmen verhängen, die nachweislich zu Chinas Massenüberwachungsstaat in Xinjiang beitragen, u. a. durch Anwendung des US Global Magnitsky Act, des EU Global Human Rights Sanctions Regime und anderer Sanktionsregelungen, die in Kanada, Großbritannien und anderswo gelten. Die zuständigen Regierungsbehörden sollten alle Investitionen in Xinjiang überprüfen und, wenn nötig, Handelssanktionen, einschließlich Desinvestitionen in Sektoren verhängen, in denen es glaubwürdige Vorwürfe von schwerwiegenden Missbräuchen wie Zwangsarbeit gibt. Die Behörden sollten ähnlich wie Kanada im Januar 2021 öffentliche Ratschläge an Unternehmen herausgeben, in denen sie auf die Schwere der Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang, einschließlich Zwangsarbeit, hinweisen, sowie auf die rechtliche Verantwortung von Unternehmen nach internationalem und deutschem Recht, auf das Risiko, sich durch direkte Geschäftsaktivitäten und in Lieferketten an schweren Menschenrechtsverletzungen mitschuldig zu machen, und auf die Verantwortung, bei allen Geschäften in China eine transparente und gründliche menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung durchzuführen.

Die deutschen Behörden können auch Unternehmen dazu auffordern, Namen, Adressen, Eigentumsverhältnisse und andere relevante Details darüber offenzulegen, mit wem sie in Xinjiang Geschäfte machen, und rechtsverbindliche Anforderungen an die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von in Xinjiang tätigen Unternehmen erlassen. Sie sollten die Portfolios internationaler Finanzinstitutionen überprüfen, um sicherzustellen, dass sie sich nicht an der Unterdrückung in der Region mitschuldig machen; gründliche Sorgfaltspflichtgesetze sollten verabschiedet werden oder in Kraft treten, die Unternehmen dazu verpflichten, Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden in ihren Wertschöpfungsketten zu verhindern, abzumildern und zu beheben; und Gesetze verabschiedet werden oder in Kraft treten, die den Import von Waren verbieten, die durch Zwangsarbeit hergestellt wurden.

Schließlich sollte die Bundesregierung die Familienzusammenführung erleichtern, indem es Familienangehörigen von turkstaemmigen Muslimen den Nachzug nach Deutschland ermöglicht; Mechanismen einrichten, um Fälle von Schikanen gegenüber in Deutschland lebenden turkstaemmigen Muslimen zu verfolgen und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen; und sicherstellen, dass turkstaemmige Muslime Zugang zu Programmen haben, die Überlebenden von Folter, Vergewaltigung und anderen Verbrechen rechtliche, medizinische und psychologische Hilfe bieten und der Erhaltung ihrer Kultur und Religion dienen.

Schließlich sollte Deutschland die Familienzusammenführung erleichtern, indem es Familienangehörigen von turkstaemmigen Muslimen den Nachzug ermöglicht; Mechanismen einrichten, um Fälle von Schikanen gegenüber in Deutschland lebenden turkstaemmigen Muslimen zu verfolgen und Schritte, auch auf strafrechtlichem Wege, zu unternehmen, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen; und sicherstellen, dass turkstaemmige Muslime Zugang zu Programmen haben, die Überlebenden von

Folter, Vergewaltigung und anderen Verbrechen rechtliche, medizinische und psychologische Hilfe bieten und der Erhaltung ihrer Kultur und Religion dienen.

Welche völkerrechtlichen und strafprozessrechtlichen Möglichkeiten gibt es auf internationaler und nationaler Ebene, um die Volksrepublik China für die Verletzung von Normen des zwingenden Völkerrechts, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord zur Verantwortung zu ziehen und wie unterscheiden sich diese Möglichkeiten, wenn es sich bei den Verbrechen in Xinjiang um Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder die Verletzung einzelner Normen des zwingenden Völkerrechts (z. B. Verbot der Zwangsarbeit) handelt? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf internationaler Ebene sind die Möglichkeiten, chinesische Beamte für schwere Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen, begrenzt, vor allem weil China kein Vertragsstaat des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) ist und als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats jeden Versuch blockieren würde, Verbrechen an den IStGH zu verweisen. Und die jüngsten Bemühungen, die Gerichtsbarkeit des IStGH auf Verbrechen auszuweiten, die von chinesischen Beamten in den IStGH-Mitgliedsländern Tadschikistan und Kambodscha begangen wurden, scheiterten, weil die Verbrechen, die der Gerichtsbarkeit des IStGH unterliegen, in China begangen wurden.

Dennoch könnte es möglich sein, China für seine missbräuchliche Politik als Verstoß gegen das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD), dem China am 29. Dezember 1981 beigetreten ist, zur Rechenschaft zu ziehen. Im August 2018 äußerte der Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung - ein Gremium unabhängiger Experten, das die Umsetzung des ICERD überwacht - seine Besorgnis über die diskriminierende Behandlung von Uiguren in Xinjiang durch die chinesische Regierung und gab acht Empfehlungen heraus, die sich mit Berichten über Masseninhaftierungen ohne ordnungsgemäßes Verfahren, Massenüberwachung und die Sammlung umfangreicher biometrischer Daten, Reisebeschränkungen, Zwangsrückführungen von Uiguren aus dem Ausland und dem Verbot des Unterrichts in uigurischer Sprache in Xinjiang befassen. Der Ausschuss hat jedoch noch keine Tatsachenfeststellungen getroffen.

Eine Regierung oder eine Gruppe von Regierungen könnte sich auf die Besorgnis des Ausschusses über Lage der Uiguren in Xinjiang stützen und eine formelle Beschwerde beim Ausschuss einreichen, indem sie das zwischenstaatliche Beschwerdeverfahren gemäß Artikel 11-13 der ICERD nutzt. Seit seiner Einrichtung wurde dieses Verfahren dreimal genutzt, alle im Jahr 2018. China hat keinen Vorbehalt zu diesen Bestimmungen geäußert.

Auf nationaler Ebene ist Deutschland, wie wir in einem Bericht 2017 dargelegt haben, eines der wenigen Länder in Europa mit "reiner" universeller Gerichtsbarkeit für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord. Es ist keine Verbindung zwischen diesen Ländern und dem Verbrechen erforderlich, damit die nationalen Behörden zuständig sind, und die Ermittlungen in diesen Fällen können auch dann fortgesetzt werden, wenn sich der Verdächtige nicht auf ihrem Hoheitsgebiet aufhält oder einen Wohnsitz hat.

Historische Entwicklung und die aktuelle Situation in Xinjiang

Welche Verletzungen völkerrechtlich geschützter Menschenrechte werden nach gegenwärtigem Erkenntnisstand in der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang gegen Uiguren und andere religiöse und ethnische Gruppen begangen? In welchen weiteren, historischen, politischen und rechtlichen Zusammenhang mit systematischen Menschenrechtsverletzungen in China ist das Vorgehen der chinesischen Regierung gegen die Uiguren einzuordnen? Was kann die Völkerrechtsgemeinschaft angesichts dieser Verletzungen tun? (CDU/CSU)

Human Rights Watch hat dokumentiert, dass chinesische Behörden völkerrechtswidrige Inhaftierungen oder andere Freiheitsberaubungen, Verfolgung einer identifizierbaren ethnischen oder religiösen Gruppe, erzwungenes Verschwindenlassen, Folter, Mord und mutmaßlich unmenschliche Handlungen, die vorsätzlich großes Leid oder schwere Verletzungen der geistigen oder körperlichen Gesundheit verursachen, insbesondere Zwangsarbeit und sexuelle Gewalt, begangen haben. Wir sind der Meinung, dass dies wahrscheinlich die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen seit dem Beginn der "Reform- und Öffnungsära" Chinas Ende 1978 sind.

Das Versäumnis, kollektiv auf die zunehmenden Beweise für schwere Menschenrechtsverletzungen gegen Uiguren und andere Gemeinschaften im ganzen Land - Tibeter, Menschenrechtsanwälte, Christen im Untergrund, Umweltschützer, Journalisten und viele andere - zu reagieren, hat die chinesischen Behörden bestärkt, die nun glauben, dass sie niemals für diese Verstöße zur Rechenschaft gezogen werden können. Gleichzeitig versuchen die chinesischen Behörden zunehmend, wichtige internationale Menschenrechtsinstitutionen wie die Menschenrechtsorgane der UN zu schwächen. Aus diesen Gründen ist es von entscheidender Bedeutung, die chinesischen Behörden für Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Uiguren zur Rechenschaft zu ziehen - um das tief verwurzelte Gefühl der Straflosigkeit dieser Supermacht zu beenden.

Bitte erläutern Sie die historisch-politischen Ursachen und Hintergründe, die zur derzeitigen Situation in Xinjiang geführt haben. (DIE LINKE.)

Die chinesischen Behörden begannen 1949 mit der Umsetzung einer diskriminierenden Politik, als die neu geschaffene Regierung der Volksrepublik China Soldaten der Volksbefreiungsarmee auf militärischen Staatsfarmen in Xinjiang ansiedelte, die als *bingtuan* bekannt waren (auch bekannt als Xinjiang Production and Construction Corps, oder XPCC). In den 1990er Jahren führten der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Angst Pekings vor Instabilität in der Region zu einer zweiten massiven Assimilationskampagne in Xinjiang. Als Teil des Plans "Große Entwicklung des Nordwestens" führte die Regierung wirtschaftliche Anreize ein, um Han-Siedler anzulocken, was dazu führte, dass zwischen 1999 und 2009 zwischen einer und zwei Millionen Han-Chinesen nach Xinjiang kamen. Der Plan der Regierung kam den Han-Chinesen zugute, während die turkstaemmig-muslimische

Gemeinschaft weiter an den Rand gedrängt wurde, was zu lokalem Unmut über den Strom neuer Siedler führte. Die Auswirkungen der großen Migration von Han-Chinesen auf die lokale Kultur, Sprache und Tradition verschärften die Spannungen zwischen der turkstaemmig-muslimischen und der Han-Bevölkerung zusätzlich.

Die wachsenden Spannungen und die Unzufriedenheit führten zu den ersten friedlichen Protesten turkstaemmiger Muslime im Februar 1997 in der Stadt Ghulja, die wiederum ein massives Vorgehen des Büros für öffentliche Sicherheit und der bewaffneten Volkspolizei nach sich zogen, das Zehntausende von Verhaftungen und Dutzende von außergerichtlichen Tötungen turkstaemmiger Muslime sowie Hinrichtungen nach unfairen Gerichtsverfahren zur Folge hatte. Im Laufe der Jahre haben die Behörden die Präsenz der Sicherheitskräfte in der gesamten Region erhöht und damit Pekings Darstellung verstärkt, dass die turkstaemmiger Muslime eine ethno-nationalistische Bedrohung für den chinesischen Staat darstellen und dass Xinjiang als Brutstätte für die "drei bösen Kräfte" des Separatismus, Terrorismus und Extremismus dient.

Human Rights Watch dokumentierte 2005 die "systematische Unterdrückung der Religion ... in Xinjiang als eine Angelegenheit wohlüberlegter staatlicher Politik", auf einem "Niveau strafender Kontrolle, das anscheinend vorrangig darauf abzielt, die religiöse Identität der Uiguren für die Zwecke des Staates völlig umzugestalten". Diese Repression umfasste die Verhaftung, Folter und Hinrichtung friedlicher Aktivisten wegen angeblicher Beteiligung an "separatistischen Aktivitäten", schwere Einschränkungen der Religionsausübung, chronische und tägliche Schikanen und Reisebeschränkungen. Im Jahr 2009 artete ein Protest in Urumqi gegen falsche Vergewaltigungsvorwürfe, die sich gegen turkstaemmig-muslimische Männer richteten, in Gewalt aus; obwohl die zugrunde liegende Ursache für die Eskalation unklar war, beschuldigte die chinesische Regierung den World Uyghur Congress und seine damalige Praesidentin Rebiya Kadeer, die Unruhen geplant zu haben. Nach diesen Unruhen verstärkte die Regierung den Druck auf die turkstaemmig-muslimische Gemeinschaft weiter und verübte zahlreiche Menschenrechtsverletzungen wie Massenüberwachung, willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen, Folter und andere Misshandlungen, Verschwindenlassen und Verfolgung. Die Regierung übte auch Druck auf ausländische Regierungen aus, turkstaemmig-muslimische Asylbewerber zwangsweise nach China zurückzuschicken.

In den darauffolgenden Jahren verschärften die chinesischen Behörden die repressive Politik gegen ethnische Uiguren und zunehmend auch gegen andere turkstaemmige Muslime in Xinjiang erheblich und rechtfertigten die Maßnahmen der Regierung oft als Teil des "globalen Kriegs gegen den Terror". 2014 rief Präsident Xi Jinping offiziell Chinas eigenen "Volkskrieg gegen den Terror" aus.

Im selben Jahr startete die chinesische Regierung die "Strike Hard"-Kampagne in Xinjiang nach schweren Angriffen, die angeblich von turkstaemmigen Muslimen in der Region Xinjiang und am Bahnhof von Kunming in der Provinz Yunnan verübt wurden. Die Einzelheiten dieser Vorfälle konnten aufgrund der strengen Informationskontrolle der Behörden nicht verifiziert werden. Mitte 2014 verlangten Beamte in Xinjiang die Rückkehr turkstaemmig-muslimischer Migranten in Urumqi und anderen regionalen Zentren in ihre ländlichen Heimatstädte, um angeblich einen neuen Personalausweis zu erhalten - die People's Convenience Card. Die chinesischen Behörden verweigerten die Karte den meisten dieser Migranten, die daraufhin gezwungen waren, im ländlichen Kernland von Xinjiang zu bleiben, weit entfernt von den großen Städten, die von der wirtschaftlichen Entwicklung profitiert haben.

Im Jahr 2016 ernannte Peking Chen Quanguo, der zuvor die Autonome Region Tibet beaufsichtigte, zum neuen Sekretär der Kommunistischen Partei von Xinjiang. In seiner Funktion als Sekretär der Kommunistischen Partei Tibets war Chen beruechtigt für seine harte Reaktion auf lokale Gemeindemitglieder, die sich friedlich für Lösungen für legitime Missstände einsetzten, einschließlich Landrechte und Zugang zu tibetischsprachigem Unterricht in Schulen. Einige der Taktiken, die er in Xinjiang angewandt hat - darunter die starke Absicherung und verstärkte Überwachung sowie die Zwangsbehandlung von Personen, die als zu religiös angesehen werden, mit einer "politischen Erziehung" - wurden in Tibet entwickelt.

Seit Xi Jinpings Machtübernahme im Jahr 2013 verfolgt die chinesische Regierung eine aggressive Assimilationspolitik in den Regionen ethnischer Minderheiten und besteht zunehmend auf der "Sinisierung" dieser Gemeinschaften, getrieben von Nationalismus und in vielen Fällen von Islamophobie innerhalb und außerhalb Chinas. Shohrat Zakir, der Vorsitzende der XUAR-Regierung und stellvertretende Sekretär des Parteikomitees von Xinjiang, behauptete im Juli 2020, China habe den religiösen Extremismus "effektiv eingedämmt" und "eine gute Grundlage für die vollständige Lösung der tief verwurzelten Probleme geschaffen, die die langfristige Stabilität der Region betreffen."

Möglichkeiten der Einwirkung auf die Volksrepublik China

Welche Möglichkeiten der Kooperation in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten sehen Sie auf internationaler Ebene mit China, die nicht zu einer Verschärfung der Konfrontation führen und im Einklang mit dem Völkerrecht stehen? (DIE LINKE.)

Die chinesische Regierung sollte sich an die internationalen Menschenrechtsverträge, die sie unterzeichnet und ratifiziert hat, halten und als Mitgliedsstaat des UN-Menschenrechtsrates die höchsten Menschenrechtsstandards einhalten. Kein Staat steht über dem Gesetz, und das jahrzehntelange Gewahrenlassen der chinesischen Behörden, diese Standards ungestraft zu ignorieren, hat die weit verbreiteten, systematischen Menschenrechtsverletzungen ermöglicht, die wir heute hier diskutieren. Wenn es eine Konfrontation gibt, dann zwischen der chinesischen Führung und den verbindlichen, internationalen gesetzlichen Verpflichtungen, nicht zwischen den Menschen in China, deren Wunsch nach Menschenrechten klar ist, und den Menschenrechtsverteidigern auf der ganzen Welt.